## Deutsches Reich

Dresden, den 24. Oktober 1913

† **Zur besseren Sicherung der Zahlungsbereitschaft der öffentlichen Sparkassen** hat das Ministerium des Innern in einer Verordnung vom 2. August 1906 bekanntlich verlangt, daß die von vielen sächsischen Sparkassen wenig berücksichtigte Erwerbung von Wertpapieren in Zukunft mehr berücksichtigt werden solle. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Sparkassen in Bayern 47 Prozent, in Oesterreich 25 Prozent, in Preußen 24 Prozent und in Sachsen nur 15 Prozent ihrer Bestände in Wertpapieren angelegt hatten, während der schwer flüssig zu machende Hypothekenbestand der Sparkassen in Sachsen 81 Prozent, in Oesterreich 60 Prozent, in Preußen 58 Prozent und in Bayern 50 Prozent des Sparkassenvermögens ausmachte. Der Gedanke, daß die angezogene Verordnung die Rückzahlung mündelmäßiger Sparkassenhypotheken und die Verwendung der zurückgezahlten Beträge zur Erwerbung von Wertpapieren verlange, ist neuerdings vereinzelt aufgetaucht, jedoch völlig unbegründet. Dies ist auch vom Ministerium des Innern im Jahre 1907 in einem Erlasse an den Verband Sächsischer Hausbesitzervereine ausgesprochen worden. Der Erlaß besagt, die bisherigen Hypothekenbestände der Sparkassen brauchten nach der Ministerialverordnung vom 2. August 1906 nicht geändert zu werden. Die Verordnung verlange nicht Rückzahlung von Hypotheken. Es sollten künftig vielmehr nur die Ueberschüsse der Sparkassen mehr als bisher in Inhaberpapieren angelegt werden.

— **Der Kaiser hat sich gestern früh von der Station Wildpark aus nach Jagdschloß Konopischt in Oesterreich begeben, wo er nachmittags eintraf.**

— **Der deutsche Kronprinz** hat der „Schles. Ztg." zufolge in seinem zweiten Briefe an den Reichskanzler ausdrücklich seine Mißbilligung über die Veröffentlichung seines ersten Schreibens ausgesprochen.

— **Der Herzog-Regent von Braunschweig** hat zum nächsten Montag einen außerordentlichen Landtag einberufen. Die Aufgabe des Landtages wird es sein, die weiteren Schritte zu beschließen, die durch die bevorstehende Aufhebung der Bundesratsbeschlüsse von 1885 und 1907 geboten erscheinen. Die braunschweigische Stadtverordnetenversammlung bewilligte zum Einzuge des Herzogs Ernst August 25 000 Mark zur Ausschmückung der Stadt.

— **Die badischen Landtagswahlen.** Das endgültige amtliche Wahlergebnis lautet: Gewählt sind 29 Zentrum, 5 Konservative, 8 Nationalliberale, 1 Wilder, 1 Fortschrittler und 9 Sozialdemokraten. 20 Nachwahlen sind notwendig. Von den abgegebenen Stimmen erhielten das Zentrum 116 153 Stimmen oder 34,7 Prozent, die Nationalliberalen 79 994 Stimmen oder 23,9 Prozent, die Sozialdemokraten 74 638 Stimmen oder 22,3 Prozent, die Konservativen, Bund der Landwirte und die Reichspartei 30 343 Stimmen oder 9,1 Prozent und die Fortschrittliche Volkspartei 30 301 Stimmen oder 9,1 Prozent. Im Jahre 1909 erhielten das Zentrum 91 176 oder 29,8 Prozent, die Nationalliberalen 75 094 oder 24,5 Prozent, die Sozialdemokraten 86 078 oder 28,1 Prozent, die Konservativen, der Bund der Landwirte und die Mittelstandsvereinigung 32 330 oder 10,6 Prozent und die Fortschrittliche Volkspartei 20 993 oder 6,9 Prozent.

— **Eine bedeutungsvolle Landtagswahl in Württemberg.** Die Landtags-Ersatzwahl in Gerabronn endete mit dem Siege des volksparteilichen Landwirts Herrmann gegen den Kandidaten des Bundes der Landwirte Klein. Gerabronn war bisher volksparteilicher Besitz. Dem Ausfall der Wahl sah man deshalb mit besonderer Spannung entgegen, weil nunmehr eine entscheidende Verschiebung in der bisherigen Gruppierung des württembergischen Landtages eintritt. Das bisher im Landtage mit 46 zu 46 Stimmen gehaltene Gleichgewicht zwischen Zentrum und Bauernbund einerseits und Nationalliberalen, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokraten anderseits hat durch den Sieg der Liberalen in Rottweil eine kleine Verschiebung zuungunsten der Rechtsparteien erfahren und diese ist durch den Ausfall der Wahl in Gerabronn nicht wieder hergestellt worden. In dem demnächst zusammentretenden Landtage werden die Linke 47 Sitze, die Rechte dagegen nur 45 haben.

— **Bei der Reichstagsersatzwahl** in Neumarkt (Oberpfalz) für Kohl (Zentr.) erhielt Lederer (Zentr.) 11 649, Dollinger (lib. u. Bauernb.) 1000 und Trummert (Soz.) 527 Stimmen. Lederer ist somit gewählt.

— **Der Offiziermangel im Heere.** Durch die am 1. Oktober neuaufgestellten Neuformationen des Heeres ist, wie wir Berliner Blättern entnehmen, der Offiziermangel wieder sehr fühlbar geworden, es fehlen namentlich bei den unteren Chargen sehr viele Offiziere in den etatsmäßigen Stellen. Im Durchschnitt kommt auf jede Kompanie nur ein Hauptmann, ein Oberleutnant, ein Leutnant. Wird einer der Leutnants abkommandiert, so bleibt die Stelle unbesetzt. Man hilft sich zunächst durch Einstellung von Reserveoffizieren. Der Mangel an Offizieren wird sich später noch fühlbarer machen.

— **Bei den neuen Jägerregimentern zu Pferde** ist versuchsweise das Infanterie-Seitengewehr 84/98 eingeführt worden. Es wird im Dienst an der rechten Seite getragen, während der bisherige Kavalleriesäbel nur außer Dienst angelegt wird. Es handelt sich um das früher bei der Infanterie getragene kurze und leichtere Seitengewehr. Es soll beim Fußgefecht der Kavallerie gegebenenfalls auf den Karabiner aufgepflanzt werden, der eine entsprechende Einrichtung erhalten hat. Damit bekommt der zu Fuß fechtende Kavallerist außer der Schußwaffe eine bei der Nahverteidigung wie beim Nahangriff wirkungsvolle blanke Stoßwaffe. Von dem Ergebnis der Versuche wird die endgültige Einführung abhängen.

— **Steigende Fleischzufuhr und abnehmende Fleischteuerung.** Berliner Blättermeldungen zufolge ist entsprechend der gesteigerten Zufuhr an Fleisch auf den bedeutendsten Schlachtviehmärkten Deutschlands nicht damit zu rechnen, daß in diesem Herbst wie in dem des vergangenen Jahres eine Verschärfung der Lage auf dem Fleischmarkt eintreten wird. Auf 40 dieser Märkte ist eine wesentliche Zunahme des Viehauftriebes gegenüber dem entsprechenden Monat des vorigen Jahres festzustellen. Die Preisgestaltung auf den großen Märkten war gleichfalls günstig. Bei Rindern und Schafen überwog eine rückläufige Preisbewegung, während sie bei Schweinen ziemlich unverändert war.

— **Konfessionelles Kino.** Mit diesen Worten ist ein gehässiges „Eingesandt" der „Deutschen Kino-Wacht" vom 18. d. M. überschrieben, das sich mit den Beschlüssen der preußischen Bischofskonferenz in Fulda beschäftigt. Dem ständigen Leser der zahlreichen Kinofachzeitschriften fällt der abstoßende Ton dieses „Eingesandt" nicht sonderlich auf, da die Fachpresse der Kinematographenbranche schlecht geleitet und notorisch unduldsam ist. Doch die „Deutsche Kino-Wacht" ist das Organ des „Schutzverbandes der deutschen Lichtbildtheater, Sitz Berlin". Im Interesse des Ansehens der Kinotheaterbesitzer und der Fernhaltung von Schwierigkeiten für das Gewerbe könnte angenommen werden, daß solch ein Standesfachblatt umsichtig geleitet würde. Mit den Beschlüssen des preußischen Episkopats decken sich die Bestrebungen machtvoller interkonfessioneller und konfessioneller Laien-Organisationen. Die Stellungnahme der Fuldaer Bischofskonferenz ist zielsicher, sachlich und gerecht im öffentlichen Interesse.

— **Die Suche nach einem rassereinen liberalen Kandidaten.** Bei der Kandidatensuche im oberpfälzischen Wahlkreise Neumarkt haben die Liberalen „erschröckliches" Pech. Zunächst wurde der Bürgermeister Panzer als Kandidat aufgestellt, als sich aber herausstellte, daß Panzer Mitglied des Bundes der Landwirte war, mußte er als Kandidat demissionieren. Die Liberalen verloren die Geduld aber nicht und glaubten nach langem Suchen in dem Büttnermeister Bollinger ihren Mann gefunden zu haben und proklamierten ihn als den neuen Kandidaten. Nun kamen die Herren Sozialdemokraten mit der allerliebsten Feststellung, daß Herr Dollinger kein Liberaler, sondern ein — Sozialdemokrat sei und vor kurzem noch Ortsvorsitzender der Freien Gewerkschaft war. Doch das Schönste kommt zuletzt. Die Zentrumspresse weiß zu berichten, daß die Liberalen vor dem Genossen Dollinger einem Handwerksmeister die Kandidatur antrugen, der als waschechter Zentrumsmann bekannt war. Allerdings hatte sich der Kandidat für die Ehre höflichst bedankt. Es ist ergötzlich und sehr bezeichnend für die Urteilsfähigkeit der Liberalen, daß sie nacheinander zuerst einem Konservativen, dann einem Zentrumsmann und schließlich einem Sozialdemokraten ihre Kandidatur aufhalsen wollten. Armer Liberalismus, wieviele tüchtige Männer mußt du doch in deinen eigenen Reihen haben!

— **Die feindlichen Brüder.** Die „Leipziger Volkszeitung" und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Peus sind sich einander in die Haare geraten und sagen sich gegenseitig die schönsten Liebenswürdigkeiten. Dem Genossen Peus wird „kindische Unterstellung", „demoralisierende Entrüstung", „Unsinn", „Todsünde am Proletariat", „Lüge" usw. vorgeworfen und erklärt, daß man für einen Menschen dieses Schlages nur das Achselzucken der Verachtung habe. Bei dieser Gelegenheit nennt die „Leipziger Volkszeitung" die Redewendung von dem „Hineinwachsen in den Zukunftsstaat" eine „verlogene Schrulle". Die Genossen werden ja selbst am besten wissen, was sie von sich zu halten haben.

## Aus dem Auslande

### Oesterreich-Ungarn

— **Der deutsche Kaiser** traf gestern um 5 Uhr 40 Min. in Beneschau ein und wurde vom Erzherzog Franz Ferdinand, sowie von der Herzogin von Hohenberg begrüßt. Im Automobil wurde darauf die Fahrt nach Schloß Konopischt angetreten, wo dem Kaiser die Gäste des Erzherzogs vorgestellt wurden.

— **Annahme der Automobilsteuer im österreichischen Abgeordnetenhause.** Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm in zweiter Lesung das Gesetz betreffend die Automobilsteuer an und begann sodann mit der zweiten Lesung des Gesetzes über eine Totalisatorsteuer.

### Frankreich

— **Der französische Luftschifferverband** hat die Gründung eines aus den Präsidenten der verschiedenen Luftschiffahrtsvereinigungen bestehenden Ausschusses angeregt, der in Verbindung mit den ausländischen Vereinigungen die Einberufung einer internationalen Konferenz veranlassen soll, deren Aufgabe es wäre, soweit wie möglich eine Verringerung der verbotenen Luftzonen zu erzielen.

### Rußland

— **Russische Eisenbahnzustände.** Nach dem soeben erschienenen Bericht des russischen Verkehrsministeriums über die Betriebsergebnisse des letzten Rechnungsjahres der russischen Staatsbahnen wurden nicht weniger als 904 120 Reisende ohne oder mit gefälschten Fahrkarten angetroffen. 18 000 Beamte und Eisenbahnarbeiter sind aus diesem Grunde entlassen, degradiert oder mit Ordnungsstrafen belegt worden. Die Zugkontrolle soll deshalb nach deutschem Muster eingerichtet und bedeutend vermehrt werden und so oft wie nur möglich stattfinden.

### Serbien

— **In einer Interpellation, die der Führer der Fortschrittlichen Partei an die Regierung richtet, wird diese gefragt, ob das Ultimatum Oesterreich-Ungarns auf einem Mandate Europas beruhte, ferner, warum die Regierung dem Verlangen Oesterreich-Ungarns nachgegeben habe, falls dieses nicht auf Verlangen der Großmächte erfolgt sei, und wie die Regierung in Zukunft die Interessen Serbiens zu wahren gedenke.**

### Asien

— **Weitere Eisenbahnkonzessionen der Japaner für die Mandschurei.** Wie ein Telegramm der Deutschen Kabeltelegramm-Gesellschaft aus Schanghai meldet, haben sich die Japaner in der Mandschurei die Bahnbauten von Jehol nach Taonanfu, von Tschangtschun nach Taonanfu und von Kaiyuan nach Kirin gesichert.

### China

— **Das chinesische Kabinett beschloß, eine neue Anleihe von 400 Millionen Mk. für industrielle Zwecke bei der Fünf-Mächte-Bankengruppe aufzunehmen.**

— **Der russische Gesandte und der chinesische Minister des Auswärtigen haben nahezu die Verhandlungen über die Form der Erklärungen betr. die Mongolei abgeschlossen, die zwischen den beiden Mächten ausgetauscht werden sollen. Die Erklärungen werden die Grundsätze des Abkommens von Urga enthalten und Rußland die dort vereinbarten Privilegien sichern. Die Souveränität Chinas wird anerkannt; andererseits wird China die Autonomie der Mongolei anerkennen und auf die Kolonisierung und die militärische Okkupation verzichten. Die Feststellung der mongolischen Grenzen bleibt einer späteren Konferenz in Kiachta zwischen Rußland, China und der Mongolei vorbehalten.**

### Amerika

— **Beamtenkorruption im Lande der Freiheit. 24 aktive und frühere städtische Beamte in St. Louis sind unter Anklage gestellt worden, weil sie den Versuch gemacht haben sollen, die Stadt um größere Geldsummen zu betrügen. Unter den Angeklagten befinden sich ein früherer Bürgermeister und ein früherer Schatzmeister der Stadt.**

## Aus Stadt und Land

Dresden, den 24 Oktober 1913

—* **Der König hat zu der am nächsten Sonntag nachmittags 3 Uhr stattfindenden Eröffnung des städtischen Land- und Wasserflugplatzes sein Erscheinen zugesagt.**

—* **Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Mathilde wohnte Mittwoch abend in Begleitung der Hofdame Fräul. v. Schönberg-Rothschönberg und des Hofmarschalls Frhrn. v. Koenneritz dem vom Frauenverein Fürsorge weiblicher Jugend veranstalteten Wohltätigkeitskonzerte im Vereinshause bei.**

—* Das Ergebnis des sächsischen Kornblumentages. Anschließend an frühere Zeitungsmeldungen sei hierdurch mitgeteilt, daß nach einer Mitteilung des Kornblumentag-Ausschusses des Königlich Sächsischen Militär-Vereins-Bundes der bisherige gesamte Reinertrag sich auf über 675 000 Mark beläuft. Um Irrtümern vorzubeugen, sei nochmals darauf hingewiesen, daß nur Veteranen der verschiedenen Kriege, nicht aber Witwen und Waisen von solchen Unterstützung finden können.

—* Stadtverordnetensitzung. Der gestrigen 28. öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten ging eine gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten voraus, die Bürgermeister Kretzschmar leitete. Auf der 12 Punkte umfassenden Tagesordnung standen nur Wahlen von Sachverständigen, Vertrauensmännern und Kommissionsmitgliedern. Zum Vertreter der Stadt Dresden im Kreisausschuß der Kreishauptmannschaft Dresden wurde auf Antrag des Vizevorstehers Unrasch durch Zuruf einstimmig Oberbürgermeister Geh. Rat Beutler bis 1919 wiedergewählt. Alle übrigen Vorschläge des Rates zu den Wahlen fanden ebenfalls einstimmige Genehmigung. Nach einer viertelstündigen Pause nahm die Sitzung der Stadtverordneten ihren Anfang. Aus der Registrande wurde ein Ratsschreiben verlesen, wonach der Rat den Antrag der Stadtverordneten auf Verstärkung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten ablehnt mit der Begründung, daß sich der Ausschuß jederzeit durch Zuwahl von Sachverständigen verstärken könne. — Weiter verlas der Vorsteher ein Schreiben des Rates, das die Uebersendung von 80 Druckabzügen der vom Oberbürgermeister Beutler ausgearbeiteten Universitätsvorlage betraf. Dieser Vortrag gehe bereits jetzt den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme zu; Mitte November schon werde dem Kollegium die Ratsvorlage unterbreitet werden. — Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde die 15 Punkte umfassende Tagesordnung ohne Referate einstimmig debattelos erledigt. Hervorzuheben wäre nur die Annahme der der Stadt Dresden von dem in Loschwitz verstorbenen Privatmann Karl Hermann Gocht zu wohltätigen Zwecken ausgesetzten Erbschaft von ungefähr 50 000 Mark unter dem Ausdruck des Dankes; die „K. H. Gocht-Stiftung" soll der städtischen Zweckvermögens-Stiftung angegliedert werden.

—* Die Kinder- und Säuglingssterblichkeit hat sich im verflossenen Sommer in Dresden in mäßigeren Bahnen als seither bewegt. Trotzdem starben im Mai 123 (darunter 19 an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall) Kinder im Alter bis zu einem Jahr, im Juni 135 (38), im Juli 82 (24), im August 109 (32) und im September 105 (33). Im August war die Säuglingssterblichkeit am geringsten in Dresden, Crimmitschau, Reichenbach i. V., Meerane, Riesa und Wurzen, in welchen Orten sie unter dem sächsischen Durchschnitte blieb, während sie diesem ungefähr entsprach in Zittau, Falkenstein i. V. und Chemnitz, dagegen darüber hinausging und am größten war in Leipzig, Plauen, Hohenstein-Ernstthal, Schönefeld, Glauchau, Mittweida, Freiberg und Werdau.

—* Das Städtische Leihamt der Stadt Dresden schließt das Geschäftsjahr 1912 mit einem Reingewinn von 19 418,23 Mark, dieser Ueberschuß ist mit je 8000 Mark dem Armenamte zur Verteilung an Arme und dem Stiftsamte zur Unterstützung würdiger Dresdner Einwohner und mit 1000 Mark dem Fürsorgeamt überwiesen worden, um bedürftige, in Dresden unterstützungswohnsitzberechtigte Kinder würdiger Eltern schnell unterstützen zu können; der Rest von 2418,23 Mark ist den gemeinnützigen Fonds zugeführt worden. — Ebenso erzielte die Sparkasse einen Reingewinn von 1 467 020,98 Mark, der der Stadtgemeinde abgeführt worden ist. Die Betriebsunkosten beliefen sich hier auf 5 199 564,55 Mark; davon waren allein an Zinsen für Spareinlagen 4 736 027,77 Mark zu zahlen. Die Miete, für die zum Kassenbetrieb zu benutzenden Räumlichkeiten betrug 20 539,47 Mark. Die Besoldung der Beamten und Angestellten erreichte die Summe von 218 991,19 Mark; Steuern, Abgaben, Pensionen an vormalige Beamte der Sparkasse usw. erforderte eine Ausgabe von 70 741,19 Mark. Der Geschäfts- und Betriebsaufwand, die Kosten für Heizung, Beleuchtung, Reinhaltung der Räumlichkeiten und dergleichen kostete der Kasse 66 379,27 Mark.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19131024/2